

ZEITSCHRIFTEN-SPIEGEL

Um die Gewerkschaftseinheit

Zur Frage der Einheit der deutschen Gewerkschaftsbewegung liegen bei Abschluß dieser Rubrik (Mitte November) begreiflicher Weise erst wenige Äußerungen in Zeitschriften vor. Bemerkenswert ist der Leitartikel, den *Die Gegenwart* (246) unter dem Titel „Gewerkschaftseinheit!“ veröffentlicht. Diese redaktionelle Betrachtung erinnert zunächst an die Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes aus gemeinsamer Not und stellt fest: „Die Gewerkschaftsbewegung war nie so erfolgreich, so anerkannt und so mächtig wie seitdem.“ Dann befaßt sich die angesehenen Zeitschrift mit den verschiedenen Triebkräften der Spaltungsbewegung und erklärt: „Darum erscheint ein religiös oder konfessionell bestimmtes Gewerkschaftsprogramm als *Restauration* ... Ist schon für politische Parteien die Gegenüberstellung von ‚diristisch‘ und ‚sozialistisch‘ voller Zweifel, für die Gewerkschaften ist sie völlig überholt ...“ Und die Konsequenzen der Spaltung? „Zur Realisierung drängt vielleicht auch die trügerische Hoffnung, als beliebter Sozialpartner besser honoriert zu werden. Dafür ist der Anhang einer neuerweckten christlichen Gewerkschaftsbewegung wahrscheinlich viel zu klein ... Die Mitgliederzahl wird bestimmt nicht so groß werden, daß man den größeren Rivalen auf sozialem Feld in den Hintergrund drängen könnte.“ Der Artikel verweist weiter darauf, daß nicht zu erwarten sei, „daß sich auch die Arbeitgeber weltanschaulich spalten“, so daß also „ihr Monopol als Vertragspartei“ bestehenbleiben werde. Der Schlußsatz lautet: „Der Gewerkschaftsbund hat die öffentliche Meinung auf seiner Seite, wenn er durch maßvolles, kluges Entgegenkommen die Gewerkschaftseinheit rettet und den Spaltem einen Mißerfolg beschert.“

In *Geist und Tat* (11) nimmt *Willi Eichler* Stellung. Auch er erinnert zunächst an die historischen Wurzeln der Gewerkschaftseinheit: „In einer Welt, in der sowohl die katholische Soziallehre als auch andere christliche Sozialauffassungen zusammen mit der sozialistischen die Notwendigkeit der Arbeiterbewegung anerkennen, war es selbstverständlich, daß die deutsche Gewerkschaftsbewegung nach dem fürchterlichen Zusammenbruch von 1945 sich eine einheitliche Organisation schuf. Man hatte lange vor dem Zusammenbruch des Hitlerregimes die Unsinnigkeit eingesehen, die gleichlaufenden sozialen Ziele der Arbeiterschaft durch verschiedene Organisationen vertreten zu lassen, die konfessionell, parteipolitisch und weltanschaulich voneinander getrennt waren.“ Eichler zitiert sehr interessante Dokumente aus der früheren christlichen Gewerk-

schaftsbewegung und setzt sich dann mit dem „völlig unchristlichen Hochmut“ auseinander, zu behaupten, „daß nur die in der KAB Versammelten Christen seien und die anderen nicht“. Er betont, daß jeder Versuch der Aufspaltung der Gewerkschaften „bereits den Todeskeim für jede großangelegte Gewerkschaftsarbeit“ enthalte, „wie sie heute im Zeitalter ständiger Bedrohung der Existenz der Arbeiterschaft notwendig ist“.

Auch *Druck und Papier* (22) durchleuchtet in einem Leitartikel die Hintergründe der Wiedererweckung „christlicher Gewerkschaften“ und kann dabei eine sehr aufschlußreiche Stelle aus dem *Industriekurier* vom 8. November 1955 zitieren, der nach der Behauptung, viele Arbeiter und Angestellte erblickten im DGB nicht mehr ihre gewerkschaftliche Heimat, wörtlich schreibt: „Die neuen christlichen Gewerkschaften wollen ihnen eine solche Heimat wiedergeben. Es ist wohl möglich, daß sie, bei guter Führung, eine wachsende Anziehungskraft ausstrahlen und der Kristallisationspunkt werden, nicht nur für die aus religiösen Gründen mit dem DGB Unzufriedenen, sondern auch für alle die, welche den sozialistischen Kurs ablehnen. Nicht nur christliche, sondern nichtsozialistische oder gar antisozialistische Gewerkschaften also!“ Demgegenüber stellt das Zentralorgan der Industriegewerkschaft Druck und Papier fest: „Mit ‚Weltanschauung‘ hat dies alles nicht viel zu tun, und daß man eigene Gewerkschaften haben muß, um seine religiösen Bedürfnisse zu befriedigen, ist eine Behauptung ohne Überzeugungskraft.“ Viel enger sei der Zusammenhang zwischen dem Bedürfnis nach „antisozialistischen“ Gewerkschaften und „der Problematik des Wirtschaftswunders ... und der freien Marktwirtschaft ... auf dem schwankenden Untergrund der überhitzten Konjunktur“. Der Aufsatz kommt dann auf die bisherige und die künftige Taktik des DGB zu sprechen: „Bei aller Kritik, die auch wir zuweilen am DGB und seiner Führung geübt haben, ist doch festzustellen, daß er in allen wesentlichen Fragen einen wirkungsvollen Einsatz im Interesse aller seiner Mitglieder gemacht hat. Was mehr oder anders getan werden könnte, kann nur Resultat der inneren Diskussion und der Willensbildung von Seiten der Mitglieder und Funktionäre sein. Dies bedeutet allerdings auch, daß nicht unter der etwas merkwürdigen Parole des Minderheitenschutzes‘ nun etwa als Antwort auf den Spaltungsversuch Winkelheides eine Änderung der Beschlüsse, der Ausrichtung, der organisatorischen Struktur oder der Form der Willensbildung durch die Mitglieder erfolgen darf.“

Wehrgesetze, Wiedervereinigung

Das *Internationale Jahrbuch der Politik* 1955 (2. Lieferung) veröffentlicht das Memorandum, das die Professoren *Arnold Bergsträsser* und

Theodor Eschenburg über die innen- und außenpolitisch wichtige Frage der „Eingliederung der Streitkräfte in das Staatswesen der Bundesrepublik“ verfaßt haben; einige der dort gemachten Vorschläge sind inzwischen ins Stadium der Verwirklichung getreten. — Mit der *Wehrpropaganda* des Ministeriums Blank setzt sich *links* (37) sehr kritisch auseinander. In *Geist und Tat* (11) referiert Bundestagsabgeordneter Fritz Erler über die ersten Wehrgesetze und bespricht die Aufgaben, die hier der Opposition erwachsen: Durchleuchtung und Überwachung der betreffenden Positionen im Haushaltsplan, Ablehnung einer Militärgerichtsbarkeit in Friedenszeiten, Regelung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung u. a. m. — Daß das Problem der Wehrdienstverweigerer nun auch in Frankreich sehr aktuell geworden ist, erfährt man aus einem interessanten Aufsatz von Georg Maranz im gleichen Heft, in dem außerdem Maria Sevenich über katholische Diskussionen über den „gerechten Krieg“ informiert.

Zu den eng miteinander verknüpften Problemen der Wiedervereinigung, der deutsch-russischen Beziehungen und der Genfer Außenministerkonferenz verweisen wir vorläufig auf folgende Zeitschriften-Publikationen: In *Allemagne d'aujourd'hui* veröffentlicht François Courtet eine sehr detaillierte Darstellung über „Les Allemands à Moscou“, d. h. über die Verhandlungen des deutschen Bundeskanzlers und seiner Mitarbeiter in Moskau; als Dokumentation ist diese mehr als 30 Druckseiten umfassende Arbeit sehr nützlich. „Deutsch-russische Beziehungen“ behandelt auch der Leitartikel von Dr. Karl Silex in *Deutsche Kommentare* (46); der Verfasser wünscht „gerade mit Rücksicht auf den mit der Genfer Konferenz sowieso schon gegebenen Stimmungsrückschlag“, daß die Heimkehrertransporte endlich wieder fortgesetzt werden; die Unterbrechung dürfe nicht „zur Vorbelastung der vereinbarten, aber noch nicht aufgenommenen diplomatischen Beziehungen werden“.

Ober „gangbare und ungangbare Wege zur Wiedervereinigung“ veröffentlicht der jetzt an der Universität New York Politische Wissenschaft lehrende Prof. Arnold Brecht, vor 1933 Vertreter Preußens im Reichsrat, in *Außenpolitik* (11) eine gründliche Untersuchung. Er konstatiert zunächst, daß die Wiedervereinigung nicht nur ein deutsches Problem ist: „Sie ist zugleich ein westeuropäisches Problem, ein sowjetisch-osteuropäisches, ein amerikanisches und ein Weltproblem.“ Er warnt dann vor einer Politik des Abwartens, deren Risiko zu groß sei, „ganz abgesehen von der dann fortschwellenden Gefahr eines totalen Krieges“, und noch nachdrücklicher warnt er vor der Politik der „unakzeptablen Angebote“. Demgegenüber zeigt Brecht, daß es „viele andere Wege gibt, die gangbar sind“, wobei er mit Recht die Maßnahmen zur Entspannung

und zur Wiedervereinigung in ihrer unlösbaren Verknüpfung darstellt. Wir haben hier nicht den Raum, die lange Liste sehr konkreter Vorschläge wiederzugeben; Brecht selbst betont, die Hauptsache sei, „den Faden der Verhandlung niemals abreißen zu lassen, sondern immer neue anziehende Vorschläge zumachen“; gerade auch für die innere Einheit des Westens sei es von größter Bedeutung, auf allen gangbaren Wegen bis an die Grenze des Annehmbaren zu gehen.

Kulturpolitische Probleme

Gleichfalls in *Außenpolitik* (11) bespricht Otto-Ernst Schibdeköpf die „internationale Schulbucharbeit“, wie sie seit 1945 systematisch „im Geiste wissenschaftlichen Wahrheitsstrebens und internationaler Verständigung“ von den verschiedensten deutschen, ausländischen und internationalen Körperschaften und Persönlichkeiten geleistet wird. — Einer der wichtigsten Vorkämpfer dieser Verständigungsbestrebungen, H. Rodenstein, berichtet in der *Allgemeinen deutschen Lehrerzeitung* (16) über „Fragen und Sorgen in unserer internationalen Arbeit“. — In Nr. 17 dieser von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im DGB herausgegebenen Halbmonatsschrift findet sich eine wertvolle Sonderbeilage, in der Prof. Johannes Klein die Frage „Universität und Lehrerbildung“ eingehend behandelt, wobei er nachdrücklich betont: „Wenn die Universität nicht reformiert wird, deformiert sie die Lehrerbildung“. — Den Problemen einer sozialistischen Kulturpolitik in der Schweiz widmet *Der neue Bund* sein Heft 10. — Konkrete Fragen der Volkshochschularbeit werden in einer Reihe von Beiträgen in *Kulturpolitik* (10) anregend diskutiert.

Zum vierten Mal hat bereits eine deutsch-französische Konferenz führender Redakteure der beiden Länder stattgefunden; über die dort besprochenen sehr konkreten Bemühungen, durch engere Zusammenarbeit zur besseren Information der beiderseitigen Leserschichten zu gelangen und damit einen wichtigen Beitrag zur Verständigung der Völker zu leisten, unterrichtet die Monatsschrift des Internationalen Presseinstituts in Zürich (*IPI-Rundschau*, Nr. 2). — Zur Ergänzung verweisen wir auf die wichtigen Referate, die Bundespräsident Heuss, Prof. Arnold Bergsträsser und Alfred Grosser kürzlich auf der deutsch-französischen Konferenz des Deutschen Rates der europäischen Bewegung im Geiste der deutsch-französischen Verständigung gehalten haben; sie sind in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ zur Wochenzeitung *Das Parlament* (26. 10.) wiedergegeben.

Probleme des Theaters in Deutschland wie auch in anderen Ländern werden laufend in der sehr lebendigen Monatsschrift *Theater und*

Zeit behandelt. Auch die jetzt in Stuttgart erscheinende Zeitschrift *Antares*, die das deutsch lesende Publikum in sehr wertvoller Weise über Kunst, Literatur und Wissenschaft im heutigen Frankreich informiert, hat ihr Heft 7 im wesentlichen dem Theater gewidmet, nachdem im Heft 6 vor allem Probleme der Literatur, des Verlags- und Bibliothekswesens in Frankreich behandelt worden waren.

Verschiedene Dichter, deren Leben und Werk für uns von besonderem Interesse sind, haben in letzter Zeit erwähnenswerte Darstellung und Würdigung in Zeitschriftenaufsätzen erfahren: So behandelt der amerikanische Schriftsteller *Delmore Schwartz* die erzählenden Werke von *Ernest Hemingway* in *Perspektiven* (13); über *George Orwell* schreibt *Neville Braybrooke* in der *Schweizer Rundschau* (8); *André Malraux* widmen *Karl O. Paetel* *Geopolitik* (9) und *Karl Rauch* *Deutsche Rundschau* (11) sehr interessante Aufsätze; über *Kierkegaard* schreibt der Tübinger Theologe *Prof. Dr. Hermann Diem* unter dem

hübschen Titel „Sokrates in Dänemark“ *Schweizer Monatshefte* (8), und an den jung verstorbenen deutschen Dichter *Wolfgang Borchert*, den Verfasser des erschütternden Schauspiels „Draußen vor der Tür“, erinnert sehr eindringlich *Heinrich Böll* im *Aufwärts* (23).

In *Neue deutsche Hefte* (19), die inzwischen um eine monatliche Beilage *Kritische Blätter* erweitert wurden, in der wichtige Neuerscheinungen gründlich und kritisch besprochen werden sollen, ist ein wichtiger Aufsatz des englischen Geschichtsphilosophen *Arnold J. Toynbee* über „Die religiösen Grundlagen der Freiheit“ erschienen. Auch wer sich die Ansicht Toynbees „Wir können nicht unsere Freiheit bewahren, ohne ihre religiösen Grundlagen wiederherzustellen“ nicht zu eigen macht, wird seinen scharfsinnigen und tiefeschürfenden Gedankengängen über die Mitschuld des religiösen Fanatismus am heutigen Zustand der westlichen Welt mit größtem Interesse folgen.

Dr. Walter Fabian